

ZU VIELE AUSLÄNDER

Der Titel ist natürlich eine Provokation, aber durchaus ernst gemeint. Anstatt sich über jeden Abstimmungserfolg der SVP aufzuregen, täte die Linke gut daran, die als «Ausländerproblem» bezeichnete Situation ernst zu nehmen. Es gibt nämlich tatsächlich zu viele Ausländer in der Schweiz. Kein vernünftiger Mensch kann es normal finden, dass unsere Wirtschaft die Herkunftsländer der Migranten derart ausbeutet, dass eine substanzielle Minderheit zur Wirtschaftsflucht getrieben wird. Die meisten kommen nämlich nicht in die Schweiz, weil wir so reich sind, sondern weil sie durch die globalisierte Umverteilung so arm gemacht werden. Wir wandern ja auch nicht in Massen nach Luxemburg, Monaco oder den Cayman-Inlands aus, nur weil man dort noch besser verdient.

Dieser eklatante Missstand lässt sich nicht mit noch so viel Mitleid und organisierter Solidarität aus der Welt schaffen, sondern nur mit Gerechtigkeit. Anstatt die Kosten der Migration via Arbeitsmarkt, Sozialversicherungen oder Bildungswesen zu sozialisieren, sollte die SP endlich daran gehen, diese Aufwendungen dort aufzurechnen, wo sie verursacht werden: unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Mitleid ist kein Ersatz für Gerechtigkeit und hat den gravierenden Nachteil, dass sie das Unrechtssystem weiterführt und neue Opfer schafft. Wenn die Linke – und die Mitte –, dieses Problem nicht an der Wurzel packen, werden laufend neue entstehen.

Eines dieser Sekundärprobleme ist die SVP, die gerade mal intelligent genug ist, das Ausländerproblem zu ihrer raison d'être zu erheben und für den Stammtisch eine Politik betreibt, die uns in längst überwunden geglaubtes Kuhschweizertum zurückbefördert. Die grösste Gefahr dabei ist die akute Bedrohung unserer höchsten Errungenschaft, der direkten Demokratie, um die uns die ganze Welt beneidet und die uns eine beispiellose Stabilität beschert hat. Aber wenn das Stammtischvolk, angeführt von verblendeten Grossmäulern, zur Demokratie jenseits aller Normen der Menschlichkeit schreitet, dann muss gehandelt werden. Dann muss das Ausländerproblem gelöst werden. Denn der Aufbau eines inneren Feindes hat noch immer zu Diktatur und oft genug zu Krieg geführt. Opfer bekämpfen Opfer, das ist das klassische Muster eines unlösbaren Konflikts, bei dem sich eine nicht

erkannte dritte Kraft ins Fäustchen lacht, bzw. in die Tasche arbeitet.

Wir brauchen also eine umfassende Politik der Gerechtigkeit mit dem Ziel, die Ausbeutung der Herkunftsländer zu stoppen. Ein solches Programm hat viele Vorteile: Es nützt den Ausländern in ihrer Heimat und den Einheimischen hier. Und es nimmt den Demagogen den Keil, den sie zwischen die Menschen treiben, um nach erfolgter Teilung ihre unheilige Herrschaft auszuüben. Denn wer sich mit einem echten Problem und einer falschen Lösung zur Macht aufschwingt, wird sie mit falschen Problemen und unmenschlichen Lösungen in eine Diktatur verwandeln.

Kein vernünftiger Mensch kann es normal finden, dass unsere Wirtschaft die Herkunftsländer der Migranten derart ausbeutet, dass eine substanzielle Minderheit zur Wirtschaftsflucht getrieben wird.

Ich mag das Wort «Rettungsschirm» nicht mehr hören! Als ob uns ein Schirm je vor irgendwas gerettet hätte! Ihr einziger Vorteil: Die Politiker müssen nicht im Regen stehen. Ein Rettungsring wäre auf der Titanic, auf der wir uns befinden, ein klein bisschen nützlicher. Er würde uns mindestens die Illusion lassen, nicht umzukommen. Dass wir im kalten Wasser dann nicht ertrinken, sondern erfrieren werden, diese Erkenntnis kommt noch früh genug.

Zur Rettung der Weltwirtschaft brauchen wir weder Rettungsschirme, -ringe oder -boote. Wir brauchen vor allem anderes Geld. Wie ein solches aussehen könnte, beschreibt der Nationalökonom Prof. Joseph Huber in seinem Buch «Monetäre Modernisierung». Nach seinem Konzept, das auf den bedeutenden amerikanischen Nationalökonom Irving Fisher aus den 30er Jahren zurückgeht, wird den Banken die Lizenz zum Schöpfen von gesetzlichen Zahlungsmitteln entzogen und ganz dem Staat übertragen. Die bisherigen Zentralbanken werden als «Monetative» neben der Legislative, Exekutive und Judikative zur vierten Kraft im Staat, schöpfen zinsfreies Geld und leiten es nach exakten Regeln in die Volkswirtschaft. Ein lesenswertes Buch, zu dem übrigens bereits eine Volksinitiative in Arbeit ist. ■

Motto: Es ist fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Bart zu versengen.

Lichtenberg